



Jahresbericht 2010

Inhalt

1. Eine gute Finanzverwaltung macht noch keine gute Sozialpolitik! von Jean-Michel Bonvin (Präsident).....	2
Vorstand.....	3
Geschäftsstelle.....	3
2. Blühende Gärten brauchen Sonne, Wasser, Dünger von Andreas Dummermuth (Vize-Präsident)	4
3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2010	7
3.1. Auswirkungen des neuen Erwachsenenschutzrechts auf die Schnittstellen zur Sozialhilfe	
3.2. Ergänzungsleistungen für Familien: Wunschdenken oder Notwendigkeit?	
3.3. Spitalfinanzierung mit Fallpauschalen (DRG): Auswirkungen auf die geriatrische Versorgung durch Spitex und Pflegeheime	
3.4. SVSP-Jahrestagung: Reformieren durch investieren? Chancen und Grenzen des Sozialinvestitionsstaates Schweiz	
3.5. Erwerbsversicherung - Grosse Reform oder Optimierung der bestehenden Sicherungssysteme?	
4. Forschungsprojekt	9
5. Information	9
6. Administration	9

1. Eine gute Finanzverwaltung macht noch keine gute Sozialpolitik!

In der Schweiz wie auch in den anderen OECD-Ländern machen die gegenwärtigen Diskussionen um die Sozialpolitik klar, dass wirtschaftliche und administrative Überlegungen dominieren. Im Namen einer ausgewogenen Staatskasse oder einer nachhaltigen Sozialpolitik wird der Zugang aller zu qualitativ hochstehenden Sozialleistungen und/oder Sozialdiensten in Frage gestellt. Die vorgesehene Streichung von 17'000 IV-Renten in den kommenden Jahren, die Kürzung der Bezugsdauer von ALV-Leistungen im Anschluss an die 4. Revision sind Beispiele für diesen Trend. Dabei handelt es sich nicht um Einzelfälle oder um eine schweizerische Besonderheit, sondern um einen grösseren Trend sozialpolitischer Reformen mit gleicher Ausrichtung, die in den meisten OECD-Ländern zu beobachten sind. Diese Entwicklungen führen auch zu einschneidenden sozialrechtlichen Veränderungen: Die als zu hoch erachteten Ausgaben der Sozialversicherungen werden zu Lasten der öffentlichen Fürsorgesysteme gesenkt, die soziale Solidarität so geschwächt, womit zunehmend private Ressourcen erforderlich werden. Dies führt zu einem sozialpolitischen Leistungsabbau und zu einer Privatisierung der sozialen Sicherheit. Nur punktuell führen solche Entwicklungen zur Stärkung der Eigenverantwortung der betroffenen Menschen, wie dies in der Logik des moralischen Schadens, des sogenannten *moral hazard suggeriert wird*, wonach zu viele Rechte das Verantwortungsbewusstsein der Nutzniessenden abschwächen. In vielen Fällen führen solche Entwicklungen dazu, dass das Wohlergehen und die Lebensqualität der Betroffenen abnehmen.

Bei sozialpolitischen Reformen ist der Wunsch nach einer kurzfristigen finanziellen Sanierung ein schlechter Ratgeber. Denn gleichzeitig gilt es, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Menschen zu garantieren. Sozialpolitische Reformen müssen immer beide Aspekte berücksichtigen, sie müssen ausgewogen sein und das tradierte Verständnis einer Verteidigung der sozialen Rechte im Auge behalten.

Die Sozialpolitik ist nicht nur gefordert, ihren finanziellen Bestand zu sichern. Vielmehr ist sie mit einem schwierigen Spannungsfeld konfrontiert, in dem es widersprüchliche Zielsetzungen zu berücksichtigen gilt, nämlich:

- a) das Anliegen der sozialen Sicherheit, das heisst adäquat ausgebaute soziale Rechte und eine möglichst hohe Lebensqualität für alle;
- b) die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit sowohl auf der Ebene der Unternehmen als auch jener des Landes und
- c) die finanzielle Tragfähigkeit der Systeme für soziale Sicherheit.

Sozialpolitische Reformen müssen deshalb dieses dreifache Ziel gleichzeitig verfolgen. Der wirtschaftlichen Tragfähigkeit mehr Bedeutung beizumessen als den beiden anderen Anliegen ist undenkbar. Der indische Ökonom Amartya Sen weist uns unmissverständlich darauf hin: Das Wohlergehen der künftigen Generationen darf auf keinen Fall bedeuten, dass die am stärksten benachteiligten Gruppen der heutigen Generationen geopfert werden. Anders gesagt: Die Ausgewogenheit der IV oder des AVIG in den 2030er Jahren würde das Opfer der Arbeitslosen oder der Invaliden in den 2010er Jahren nicht rechtfertigen. Es geht selbstverständlich nicht darum, die Bedeutung der finanziellen Überlegungen zu leugnen, sondern vielmehr darum, uns bewusst zu werden, dass diese

nur einen Aspekt der gestellten Anforderungen bilden. Dabei dürfen die anderen Dimensionen nicht vergessen werden. Deshalb müssen sozialpolitische Reformen nicht nur an der Finanzlage oder an der Zunahme des nationalen Beschäftigungsgrads gemessen werden, sondern auch, und sogar in erster Linie, an der Lebensqualität und dem Wohlergehen der Anspruchsberechtigten.

Was geschieht mit den 17'000 IV-Rentnern und -Rentnerinnen, deren Rente gestrichen wird? Mit den Tausenden von Arbeitslosen, die mit der vierten AVIG-Revision rascher ausgesteuert werden? Mit den Zehntausenden von amerikanischen Bürgern, deren Anspruch auf Sozialhilfe nach der gesetzlich vorgesehenen Höchstdauer von fünf Jahren erlischt? All diese Reformen haben zwar einen Beitrag dazu geleistet, damit die Staatsfinanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden können. Aber sie haben gleichzeitig bei dem versagt was der Kernauftrag jeder Sozialpolitik sein muss: die Lebensqualität der betroffenen Menschen zu steigern. Eine gute Finanzverwaltung macht noch keine gute Sozialpolitik.

Jean-Michel Bonvin, Präsident der SVSP (*Übersetzung des französischen Originaltextes*)

Vorstand

Der Vorstand des SVSP ist ehrenamtlich tätig. Mit grossen Einsatz und viel Idealismus setzen sich die Vorstandsmitglieder ein, dass jährlich ein anregendes und vielfältiges Programm angeboten werden kann.

Name/Vorname	Funktion und Tätigkeit
Bonvin Jean-Michel, Dr. (Präsident)	Professor, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Carigiet Erwin, Dr. iur.	Direktor Stadtpital Triemli, Zürich
Dummermuth Andreas, lic. iur. (Vize-Präsident)	Direktor, Ausgleichskasse Schwyz, Schwyz
Fragnière Jean-Pierre, Dr.	Professor emerit., Universität Genf und HES-SO, ehemaliger wissenschaftlicher Direktor INAG
Hugentobler Valérie, lic.ès sciences politiques	Professorin, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Koch Uwe, lic. iur.	Dozent für Soziapolitik und Sozialversicherung an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürich
Piñeiro, Esteban lic. phil.	Dozent, Hochschule für Soziale Arbeit, FHNW, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung, Basel
Schiavi Rita, lic. phil. I	Mitglied der Geschäftsleitung Unia, Basel
Tecklenburg Ueli, lic.phil.	ehemaliger Geschäftsführer SKOS
Wächter Matthias, Dr. sc. nat.	Persönlicher Mitarbeiter der Vorsitzenden der Geschäftsleitung, SRK Kanton Zürich

Geschäftsstelle

Nicht zuletzt dank der Professionalität der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle konnten die für 2010 gesetzten Ziele erreicht werden. Vielen Dank den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für das grosse Engagement.

Name/Vorname	Funktion bei der SVSP
Knupfer Caroline, lic. ès sciences sociales	Geschäftsführerin
Zwygart Denise	Stellvertretende Geschäftsführerin, Sekretariat
Zwygart Thomas	Buchhaltung und Mitgliederverwaltung

2. Blühende Gärten brauchen Sonne, Wasser, Dünger

Ein kurze Reise über den Atlantik

Mein Onkel lebt in San Francisco. Ein für die ganze Familie unvergesslich schöner Besuch bei ihm im Sommer 2010 hat mich aber sehr beschäftigt. Kalifornien ist für sich allein gezählt die neuntgrößte Industrienation der Welt. Ein Land, in dem der Mittelstand heute in die Armut rutscht. Die Anzeichen sind beunruhigend: Die gemessene Arbeitslosigkeit beträgt 12.5 Prozent, die gefühlte ist deutlich höher. Viele ältere Arbeitnehmer haben sich in den ungesicherten ‚Ruhestand‘ geflüchtet, der primär auf der kapitalgedeckten bzw. eben oft kapitalgefährdeten Vorsorge basiert. Die Staatskasse ist derart leer, dass es zu Lohnstopp und Hauruckamputationen im «service public» kommt. Für die Gefängnisse wird mehr Geld ausgegeben als für die Schulen. Millionen von Menschen haben keine Krankenversicherung und dennoch bestehen die höchsten Gesundheitsausgaben der Welt. Wie eine Bugwelle schiebt die Masse der Konsumenten eine Kreditkartenschuld für gehabte Freuden vor sich, deren Zinsen jeden Einkommensunterbruch zu einer existenziellen Frage lassen werden. Die Verrechtlichung von Wirtschaft und Gesellschaft führt zu einer spürbaren Beeinträchtigung des Alltagslebens. Das politische Entscheidungssystem wird immer stärker polarisiert und führt dank einem schnellen Parlamentarismus zu einer Zick-Zack-Politik. Und das in einem von der Natur gesegneten Land, wo Wein und Obst gedeihen, die elektronischen Früchte des Silicon Valley den Geschäftsalltag in der ganzen Welt prägen und die kalifornische Unterhaltungsindustrie in der westlichen Welt Kino, TV und Radio dominiert.

Fliegen wir einige hundert Kilometer nordwärts, stellen wir fest, dass in der kanadischen Provinz British Columbia die Welt anders aussieht. Die Finanzkrise hat sich dort nicht zu einer Wirtschaftskrise ausgeformt. Die soziale Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen wird durch eine leistungsfähige Arbeitslosenversicherung, ein für alle Menschen zugängliches Gesundheitssystem, eine stabile Altersversicherung und vielfältige Bedarfsleistungen an spezielle Gruppen gestärkt. Für Interessierte: Die Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit in Genf (www.issa.int) hat diese Situation in ihren «Crisis Country Case Studies» beschrieben.

Leistungsfähige Sozialwerke gehören zum modernen Staat

Die Schweiz gab im Jahr 2006 über 123 Milliarden Franken oder rund 27 % des Bruttoinlandproduktes für die soziale Sicherheit aus. Wie in den meisten anderen OECD-Staaten, hat sich seit dem 2. Weltkrieg auch in der Schweiz ein fast untrennbares Gemisch aus Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialversicherungen gebildet. Wohlfahrtsstaat und wirtschaftlicher Erfolg sind jedoch kein Gegensatz - ganz im Gegenteil. Die Wichtigkeit der Sozialwerke darf nicht unterschätzt werden: Sie sind sozialpolitisch, volkswirtschaftlich, gesellschaftspolitisch und staatspolitisch wichtig. Und genau deshalb muss sich jedes Land jede Entwicklung im Sozialbereich gut überlegen. Wer sich hier falsch bettet, liegt ungemütlich.

Sozialwerke sind volkswirtschaftliche Stabilisatoren ersten Grades

Die volkswirtschaftlichen Vorteile des schweizerischen Sozialsystems dürfen nicht unterschätzt werden. Gerade die sozialen Transferzahlungen haben sich in der Schweiz als volkswirtschaftliche Stabilisatoren ersten Grades bewährt. So wie ein Garten eben neben Sonne auch eine Giesskanne braucht, verhindern vielfältige, aber massvolle

Sozialleistungen die Verarmung einer breiten Bevölkerungsschicht. Ein Jobverlust führt in der Schweiz nicht zum Verlust der Krankenversicherung und das Fortkommen der Familie ist über die ALV ebenfalls einigermaßen gesichert. Wenn auf den 1. Januar 2011 die AHV/IV-Renten um 1.75 % oder nur wenige Franken pro Monat angehoben wurden, so werden die enormen Gesamtkosten von 765 Mio. Franken mehrheitlich auch Monat um Monat verkonsumiert. Der Mittelstand kennt zum Glück keinen Konsumverzicht, der die Binnenwirtschaft abwürgt.

Stabilisieren, masshalten und dauerreformieren

Daneben sind es zwei Faktoren, die dem System der sozialen Sicherheit in der Schweiz im internationalen Vergleich einen Wettbewerbsvorteil durch Stabilität verschaffen: Zum einen haben wir mit dem Dreisäulenprinzip bei der Alterssicherung einen Ausgleich zwischen staatlichem Umlageverfahren, betrieblichem Kapitaldeckungsverfahren und privater Selbstvorsorge. Nach wie vor sind sich Weltbank und OECD einig, dass dieses Konstrukt besser und stabiler ist, als alle anderen Systeme. Zum andern ist es das Gegenteil eines Reformstaus: Die Sozialwerke sind in Dauerreform. So kann und muss immer wieder auf Stufe Parlament ausgewogen werden, was zurzeit finanziell möglich und sozial nötig ist. Dank den damit verbundenen Volksabstimmungen entsteht dann eine absolut klare Ausgangsbasis für die Umsetzung. Stabilität und Dynamik halten sich so die Waage. Überzeichnet gesagt: Es ist vielleicht weniger die konkrete Abstimmungsvorlage, die so wichtig ist. Wichtiger ist, dass bald wieder daran gearbeitet wird.

Blockierung der Politik bedroht die schweizerische Volkswirtschaft

Und damit sind wir bei der Voraussetzung dieses Wettbewerbsvorteils der Schweiz: Bei einer Politik, die Lösungen findet. Wenn in den sozialen Kerngeschäften Gesundheit, Alter, Arbeit und Familie keine Mehrheiten gefunden werden und keine Schlussabstimmungstexte produziert werden, dann kommt es ganz einfach zur Verknöcherung der Sozialwerke. Konsens, Kompromiss und Konkordanz waren für die moderne Schweiz und vor allem für den Mittelstand ein Erfolgsrezept. Wer diese Werte belächelt und stattdessen auf Polarisierung, Blockierung und Diskussionsverweigerung und mithin auf den Dauerwahlkampf schießt, der spielt mit dem Feuer. Eine nicht revidierte AHV trägt den Erfordernissen der Demografie und der Langlebigkeit nicht Rechnung, eine nicht reformierte IV und nicht sanierte ALV führen zu Milliarden schulden, eine nicht neu konzipierte Krankenversicherung verhindert weiterhin, dass endlich Steuerungselemente eingebaut werden. Und damit sind wir auf unserer Reise dort, wo wir gestartet sind: In Kalifornien, einem Land, wo einst Milch und Honig flossen, das heute aber offensichtlich nur schwer in der Lage ist, seine volkswirtschaftliche, seine finanzpolitische und seine sozialen Herausforderungen für die gesamte Bevölkerung zu meistern. Ein Besuch bei meinem Onkel in San Francisco hat mir gezeigt, was in der Schweiz wichtig ist.

Andreas Dummermuth, Vize-Präsident der SVSP

3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2010

3.1. Auswirkungen des neuen Erwachsenenschutzrechts auf die Schnittstellen zur Sozialhilfe

11. März 2010 in Biel

Nationale Tagung der SKOS, ARTIAS, Konferenz der kantonalen Vormundschaftsbehörden und der SVSP

Im Zentrum der Tagung stand die Behördenreorganisation anlässlich des neuen Erwachsenenschutzgesetzes. Die Aktualität, sowie nicht zuletzt das abwechslungsreich gestaltete Programm hat seine Wirkung nicht verfehlt: Rund 300 Teilnehmende konnten im Kongresshaus Biel verzeichnet werden. Die nationale Veranstaltung wurde mit ihren verschiedenen Referaten, Diskussionen und Präsentationen zum Stand der Umsetzung in einzelnen, ausgewählten Gemeinden, Städten als wichtiger, informativer und hilfreicher Beitrag angesehen. Das Echo, welches aus der Evaluation hervorgeht, war denn auch durchwegs positiv.

3.2. Ergänzungsleistungen für Familien: Wunschdenken oder Notwendigkeit?

27. April 2010 in Luzern, in Kooperation mit dem Luzerner Forum für Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit

Ergänzungsleistungen für Familien werden bereits in den Kantonen Solothurn und Tessin als Massnahme zur Bekämpfung von Armut, speziell für erwerbstätige Familien mit tiefen Einkommen umgesetzt. Sie werden zur Zeit in verschiedenen Kantonen geprüft oder stehen vor der Umsetzung. Die Plenumsreferate lieferten fundierte Grundlagen zum Instrument der Ergänzungsleistungen für Familien und seiner Funktionsweise sowie der politischen Steuerbarkeit des Instruments. Im Podium wurde das Instrument mit Politikern und Fachleuten politisch und fachlich diskutiert. Dabei hatte das Publikum die Möglichkeit, sich in die Diskussion einzubringen. Die Vorabendveranstaltung an der Hochschule Luzern ist auf sehr grossen Publikumsandrang gestossen: Rund 180 Teilnehmende waren anwesend.

3.3. 10. Zürcher Geriatrieforum Waid: Spitalfinanzierung mit Fallpauschalen (DRG): Auswirkungen auf die geriatrische Versorgung durch Spitex und Pflegeheime

2. Juli 2010 in Zürich

Gesundheits- und Umweltdepartement unter dem Patronat der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie und der SVSP

Bis 2012 soll die Spitalfinanzierung auf eine neue Basis gestellt werden. Als Grundlage für die Spitalfinanzierung werden neu Fallpauschalen auf der Basis von Diagnose-bezogenen Gruppen eingeführt. Es ist zu erwarten, dass dies, je nach Sichtweise, sowohl erwünschte wie unerwünschte Auswirkungen auf die Spitäler haben wird. An der Tagung wurde die Frage diskutiert, ob die Spitäler auch mit der Fallpauschalen-Finanzierung noch willens und in der Lage sein werden, polymorbide, gebrechliche, hoch betagte Patientinnen und Patienten so zu behandeln, wie ihre gesundheitlichen Bedürfnisse es verlangen. Die an der Tagung präsentierten Erfahrungen aus Deutschland sind auf grosses Interesse gestossen.

Ausserdem wurde an der Tagung diskutiert, wie sich die geplante Änderung der Spitalfinanzierung auf andere Institutionen der geriatrischen Versorgungskette auswirken

wird. Das 10. Geriatrieforum blieb auch in der Jubiläumsveranstaltung seinen Prinzipien treu: Es richtete den Blick auf das Gesamtsystem und stellte die gesundheitlichen Bedürfnisse der geriatrischen Patientinnen und Patienten ins Zentrum.

3.4. Reformieren durch investieren? Chancen und Grenzen des Sozialinvestitionsstaates Schweiz

21. September 2010 in Bern

Jahrestagung der SVSP in Kooperation mit der FHNW, ZHAW und HES-S2

Namhafte Wissenschaftler wie der dänische Soziologe Gøsta Esping-Andersen haben als Antwort auf den zunehmenden Druck, mit dem sich der Sozialstaat seit den 70er Jahren konfrontiert sieht, das Konzept der sozialen Investitionen entwickelt. Heute orientieren sich gewisse sozialpolitische Reformstrategien explizit an diesem Konzept, insbesondere in den nordischen Ländern.

Ziel der Tagung war es, sich mit dem Konzept der sozialen Investitionen als sozialpolitische Reformstrategie vertieft auseinanderzusetzen. Im Rahmen von Plenumsreferaten wurden am Vormittag von international bekannten wissenschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern die verschiedenen Facetten des Konzepts sowie seine Stärken und Grenzen beleuchtet. Auch kritische Betrachtungen hatten in der konstruktiven Auseinandersetzung ihren Platz. Am Nachmittag fanden Workshops statt, in denen die Übertragung des Konzepts der sozialen Investitionen auf die verschiedenen Felder der Schweizerischen Sozialpolitik diskutiert und analysiert wurden. Rund 120 Personen, davon ein namhafter Anteil an Studierenden der Fachhochschulen, waren an der Tagung anwesend.

3.5. Erwerbsversicherung - Grosse Reform oder Optimierung der bestehenden Sicherungssysteme?

24. November 2010 in Luzern

Nationale Tagung in Zusammenarbeit u.a. mit dem Luzerner Forum für Sozialversicherung und soziale Sicherheit

Die 160 Mitwirkenden haben sich im Rahmen von sechs Referaten, den Workshops und einer Podiumsdiskussion intensiv mit dem Reformbedarf der schweizerischen Sozialversicherungen und der Sozialhilfe beschäftigt. Unterstützt von 25 Expertinnen und Experten haben die Vertretungen der Sozialpartner, der Privat- und Sozialversicherer, der Sozialhilfe, der kantonalen und eidgenössischen Ämter, der Anwaltschaft, der Wissenschaft, der Medien und der Parlamente eine Ist-Analyse vorgenommen, Varianten von grundlegenden Neuordnungen debattiert und deren politische Realisierungschancen beleuchtet. Zudem gab es ein Statement von historischer Bedeutung: Erstmals seit 100 Jahren hat sich ein nationaler Amtsdirektor, Yves Rossier des Bundesamts für Sozialversicherungen, für die Schaffung eines Bundesrahmengesetzes in der Sozialhilfe ausgesprochen.

4. Forschungsprojekt

Die Weiterentwicklung ihrer Sozialpolitik und die zukünftige Ausgestaltung des Netzes der sozialen Sicherheit ist eine wichtige Herausforderung für die Schweiz. Die SVSP hat sich das Ziel gesetzt, mit Hilfe einer E-Learning Plattform einen Beitrag zur angemessenen Bildung von Jugendlichen im Bereich «Sozialpolitik, Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit» bereits auf der Ebene Berufsschulen und Sekundarstufe II zu leisten.

Die im Herbst 2009 in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und der Fachstelle für Neues Lernen gestartete Vorstudie konnte 2010 abgeschlossen werden. In der Studie wurden verschiedene Möglichkeiten der konkreten Umsetzung der Plattform getestet. In der Diskussion mit dem Vorstand wurde die Schaffung einer open source-Wiki-Lösung privilegiert. Momentan wird geprüft, welche konkreten Optionen dieses Instrument eröffnet und ob das Wörterbuch für Sozialpolitik der SVSP in dieser Art und Weise neu publiziert werden könnten.

5. Information

Die SVSP informiert ihre Mitglieder und weitere Interessierte regelmässig über Veranstaltungen oder Publikationen via Webseite, mit schriftlichen Versänden oder mittels eines elektronischen Newsletters. Im Jahr 2010 wurden ein deutschsprachiger und ein französischsprachiger Newsletter verschickt.

6. Administration

Die SVSP verzeichnete in diesem Jahr 9 Eintritte (7 aus der Deutschschweiz und 2 aus der Romandie) und 14 Austritte (12 aus der Deutschschweiz - davon 7 Abgänge aus Hochschulen, die per Postweg nicht mehr erreichbar waren - und 2 aus der Romandie). Sie zählt insgesamt 256 Mitglieder.

Bern, 31. August 2011